

## Soziales – Pflegekosten in Baden-Württemberg

### Im Schnitt bis zu 3.237 Euro

STUTTGART. Die Kosten für einen Platz im Pflegeheim sind im Land gestiegen. Die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen beträgt aktuell im Durchschnitt 3.237 Euro, das sind 208 Euro mehr als vor einem Jahr. Das geht aus einer Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) hervor. Baden-Württemberg liegt damit deutlich über dem Bundesschnitt von 2.984 Euro.

Nach einem Jahr Aufenthalt im Heim steigen die Zuschüsse aus der Pflegeversicherung. Bewohner im Südwesten müssen dann noch durchschnittlich 2.932 Euro zahlen. Nach zwei Jahren sinkt die Eigenbeteiligung auf 2.526, ab drei Jahren auf 2.018 Euro monatlich.

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg nannte die Zahlen »beschämend«. Pflege sei in Baden-Württemberg besonders teuer. Zum Vergleich: Bundesweit liegt der Eigenanteil im Schnitt bei 2.984 Euro monatlich im ersten Jahr (2014: 2.687). »Diese Pflege-Eigenbeteiligung für die Versicherten ist demütigend und respektlos. Die Menschen haben ihr Leben lang gearbeitet und ihre Beiträge an die Kranken- und Pflegeversicherung bezahlt«, sagte Hans-Josef Hotz, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg e.V.

Wie auch der Paritätische forderte der VdK die Landesregierung auf, die Pflegebedürftigen bei den Investitionskosten zu entlasten. Im Schnitt zahlt jeder Pflegebedürftige im Land 460 Euro monatlich rein an Investitionskosten.

Der Verband der Ersatzkassen (vdek), zu dem die Techniker Krankenkasse, die Barmer und die DAK-Gesundheit gehören, spricht von einem »ständigen Aufwärtstrend«. Weder von der Pflegekasse gezahlte Zuschläge noch eine Erhöhung der Pflegeleistungen zu Jahresbeginn hätten diesen abbremsen können. Gut zwei Wochen vor der Bundestagswahl forderte die vdek-Vorsitzende Ulrike Elsner die konkurrierenden Parteien zum Worthalten auf. (dpa)

## SEK nimmt Erpresser-Trio fest

AALEN. Spezialeinsatzkräfte der Polizei sind ausgerückt, weil drei Männer einen Bekannten festgehalten und um viel Geld erpresst haben sollen. Das SEK sei alarmiert worden, weil die Männer Waffen besessen haben sollen, teilte die Polizei mit. Die Ermittler gehen davon aus, dass der junge Mann in Stuttgart und Aalen über Stunden von Bekannten festgehalten wurde. Mit körperlicher Gewalt und Drohungen sollen die drei Männer im Alter von 23, 25 und 31 versucht haben, einen hohen fünfstelligen Betrag von dem 20-Jährigen zu bekommen. Die Afghanen wurden festgenommen und sitzen in Untersuchungshaft. (dpa)

## IN KÜRZE

### Mann in Maschine eingeklemmt

ULM. Ein 46-Jähriger ist in Donzdorf (Kreis Göppingen) in einer Arbeitsmaschine eingeklemmt und lebensgefährlich verletzt worden. Der Mann kam mit einem Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus, wie die Polizei mitteilte. Gegen seinen Kollegen, der die Hochglanzdruckmaschine bedient habe, werde wegen fahrlässiger Körperverletzung ermittelt. Ein Verschulden des 36-Jährigen könne nicht ausgeschlossen werden. Sein Kollege sei von der Feuerwehr befreit und noch vor Ort notärztlich versorgt worden. (dpa)

### Wahlplakate häufiges Angriffsziel

STUTTGART. Im Südwesten sind bereits eine Vielzahl an Straftaten mit Bezug zum Wahlkampf erfasst worden. Mit Stand Ende Januar habe die Polizei Straftaten im niedrigen dreistelligen Bereich erfasst. Ende November des vergangenen Jahres sei extra eine Informationsstelle für Straftaten im Kontext der Bundestagswahl eingerichtet worden. Konkrete Zahlen lägen nicht vor zu den Straftaten, da sich der Sachstand häufig ändere, hieß es. Zwar steige die politisch motivierte Kriminalität von Wahl zu Wahl an, aber man befände sich im Rahmen dessen, was man aus früheren Wahlen kenne. (dpa)

## Sanitäter-Auszubildende soll Kollegen vergiftet haben

LUDWIGSBURG. Eine angehende Notfallsanitäterin soll mehrere Kollegen auf ihrer Rettungswache vergiftet haben. Die zur Tatzeit 23 Jahre alte Frau soll nach Angaben der Polizei Getränke ihrer Kollegen während des Dienstes mit verschreibungspflichtigen Medikamenten versetzt haben. Drei Kollegen,

53, 29 und 25 Jahre alt, sollen dadurch »erhebliche gesundheitliche Beschwerden« erlitten haben, in einem Fall seien diese sogar lebensbedrohlich gewesen, teilten die Ermittler mit.

Die Taten sollen sich im Zeitraum von Oktober 2023 bis April 2024 auf einer Rettungswache im Landkreis Ludwigsburg

ereignet haben. Die Tatverdächtige wurde nach Angaben der Ermittler Ende Januar festgenommen und einem Haftrichter vorgeführt. Ihr wird versuchter Mord in vier Fällen vorgeworfen. Sie sitzt in Untersuchungshaft. Umfangreiche Ermittlungen hätten zu der jungen Frau geführt, so die Behörden. (dpa)

## Trampende Seniorin

HEIDELBERG. Eine trampende Seniorin hat die Polizei in Heidelberg nach Hause gefahren, nachdem die Frau in der Kälte vergeblich über eine halbe Stunde auf einen Bus gewartet hatte. Die 94-Jährige wurde in ihre Seniorenresidenz zurückgebracht. Die alte Dame sei den Beamten aufgefallen, als sie per

Handzeichen mit nach oben gestrecktem Daumen versucht habe, Autofahrer dazu zu bewegen, sie mitzunehmen. Die gebrechlich wirkende Frau mit Krücke habe gesagt, dass sie seit 40 Minuten vergeblich in der Kälte auf einen Bus gewartet habe. Deshalb habe sie sich zum Trampen entschieden. (dpa)



Ob mehr Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum für ein höheres Sicherheitsgefühl sorgt, ist umstritten.

FOTO: KNEFFEL/DPA

**Kriminalität** – Laut Befragung fühlen sich viele Bürger nachts nicht sicher. Innenminister Strobil für »schönreden« kritisiert

# Die Angst vor Straftaten nimmt zu

VON KATHARINA LINK

STUTTGART. Fast jeder zweite Bürger, genauer 47,1 Prozent, fühlt sich nachts ohne Begleitung auf der Straße nicht sicher. Das ist das Ergebnis einer Befragung, die das Institut für Kriminologische Forschung Baden-Württemberg im Auftrag des Innenministeriums durchgeführt hat. Eine beunruhigende Zahl könnte man meinen. Innenminister Thomas Strobl (CDU) sieht die Ergebnisse der Studie aus der anderen Perspektive und sagt: »Die überwiegende Mehrheit der Menschen im Land fühlt sich sicher und hat großes Vertrauen in unsere Polizei.« Rund drei Viertel der Befragten hatten angegeben, die Polizei sei da, wenn man sie brauche.

Ralf Kusterer, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, kritisiert die Reaktion des Innenministers. Er spricht von »schönreden« und »herunterspielen«. Mit der »scheinbaren Strategie Strobls, ständig positive Pressemitteilungen zu verteilen, um sich selbst in ein gutes Licht zu setzen«, könne man die Bürgerinnen und Bürger nicht darüber hinwegtäuschen, wie es tatsächlich im Land aussieht, so Kusterer.

Doch wie sieht es mit dem Sicherheitsgefühl der Bürger und der tatsächlichen Sicherheitslage im Südwesten denn aus? Laut dem Polizeigewerkschafter in Bezug auf das Sicherheitsgefühl jedenfalls bei Weitem nicht so, wie es die Befragung, die bereits vor über einem Jahr durchgeführt



Fordert bessere Ausstattung und mehr Personal für die Polizei: Ralf Kusterer, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft.

FOTO: MURAT/DPA

wurde und somit mit »total veraltete Zahlen« arbeite, suggerieren wolle. »Der Nutzen der Studie ist sehr gering und geht nach unserer Auffassung gegen Null«, so Kusterer.

Der Gewerkschafter zieht in Sachen Sicherheitslage eine düstere Bilanz. »Wir sind der Auffassung, dass sich die Sicherheitslage tatsächlich verschlechtert hat.« Baden-Württemberg habe sich in den ver-

gangenen Jahren verändert: Bandenkriege mit Handgranaten und Toten im Großraum Stuttgart bis Göppingen, immer mehr Angriffe auf Polizeibeamte, immer mehr Messerangriffe. Diese Taten und andere hätten sich seiner Einschätzung nach im letzten Jahr negativ auf das Sicherheitsgefühl der Bürger ausgewirkt, die Studie hätte diese Entwicklung noch gar nicht berücksichtigt.

### Streit um Sicherheitslage

Professor Jörg Kinzig, Direktor des Instituts für Kriminologie an der Uni Tübingen, sieht die Ergebnisse der Befragung jedoch durch andere Studien bestätigt. Das Bundeskriminalamt im Jahr 2020/21 und das Landeskriminalamt Niedersachsen in 2023 hätten vergleichbare Befragungen durchgeführt. Das Sicherheitsge-



Der Tübinger Kriminologe Jörg Kinzig sieht keinen Anlass für Beunruhigung.

FOTO: ALBRECHT/UNI TÜBINGEN

fühl von Bürgern in Baden-Württemberg nachts ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr sei sogar etwas größer als die Werte, die für den Bund und für Niedersachsen ermittelt wurden.

»Wenn der Innenminister sagt, das Land sei tendenziell sicher, die Kriminalitätszahlen seien niedrig, dann würde ich dem recht geben«, sagt Kinzig. Auf Basis der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) läge die sogenannte Häufigkeitszahl, also die Zahl, die Straftaten pro 100.000 Einwohner angibt, zuletzt im Jahr 2023 mit 5.272 sehr niedrig. »Lässt man die Pandemiejahre 2020 und 2021 außer Acht, war dies sogar der zweitniedrigste Wert in den letzten 20 Jahren.«

Der Kriminologie-Professor sagt aber auch: »Die Zahlen der Statistik bilden nur das Hellfeld ab, sie sind daher nur ein Teil der Realität.« Dunkelfelderhebungen gäbe es bisher in Deutschland zu wenig. Als sogenanntes Dunkelfeld werden begangene Straftaten bezeichnet, die bei der Polizei nicht bekannt werden. »Tendenziell sollten aber die realen Daten kei-

nen Anlass zu einer besonderen Beunruhigung geben«, meint Kinzig.

Positiv sei, so der Wissenschaftler aus Tübingen, dass im Land eine derartige Befragung zum Sicherheitsempfinden nach langen Jahren des Abwartens nun überhaupt durchgeführt wurde. »Wertvoll werden solche Befragungen vor allem dann, wenn sie in regelmäßigen Abständen erfolgen. Denn erst dann kann man sehen, wie sich das Sicherheitsgefühl über einen längeren Zeitraum entwickelt, ob es etwa zu- oder abnimmt.«

Tatsächlich habe die Gewaltkriminalität in Baden-Württemberg nach der PKS im Jahr 2023 um 8,8 Prozent zugelegt, so Kinzig. Der Anstieg der Gewaltkriminalität ist aus Sicht des Kriminologen auch auf ein Bevölkerungswachstum zurückzuführen. »Nicht auszuschließen ist zudem, dass die Menschen gegenüber Gewalttaten sensibler geworden sind und derartige Straftaten eher als früher zur Anzeige bringen.«

### Messerdelikte fördern Ängste

Polizeigewerkschafter Kusterer sieht die Studie als Anlass, seinen Forderungen nach mehr Investitionen in die innere Sicherheit neuen Nachdruck zu verleihen. Der Landeshauhalt habe bei Weitem nicht die finanziellen Mittel zugewiesen, die erforderlich seien, um die Polizei richtig auszustatten. Er fordert deutlich mehr Personal bei der Polizei, zudem die Bereitstellung neuester Technik.

Denn ein wesentlicher Faktor der Kriminalitätsvorbeugung und damit Verhinderung von Straftaten sei die Wahrscheinlichkeit, bei der Tat erwischt zu werden, betont Kusterer. Diese werde »aber immer

geringer«. Auch die geringe Polizeipräsenz im öffentlichen Raum aufgrund fehlenden Personals wirke sich auf die Sicherheit wie auch das Sicherheitsempfinden der Menschen aus.

Eine Sprecherin des Innenministeriums teilt mit, dass die Studie zum Sicherheitsempfinden der Baden-Württemberger nun alle drei Jahre durchgeführt werden soll. Die Ergebnisse der ersten Untersuchung seien »allenfalls eine Momentaufnahme« gewesen, viel wichtiger als diese sei die langfristige Entwicklung. »Aus diesen Daten kann man dann wirkliche Maßnahmen ableiten«, so Katharina Lutz-Schädler.

Die ehemalige Polizistin weiß aber auch: »Aggressionsdelikte beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße.« Diese machten laut Innenministerium im Jahr 2023 (von 2024 liegen noch keine Zahlen vor) 12 Prozent der Straftaten im öffentlichen Raum aus. Rund 60 Prozent davon machten vorsätzliche einfache Körperverletzungen aus (17.551 Fälle). Rund 10 Prozent davon (29.547 Fälle) entfallen auf ausländerrechtliche Verstöße. Messerangriffe machten nur 0,5 Prozent aus (rund 1.300 Fälle). »Auch wenn Messerdelikte einen vergleichsweise geringen Anteil an den Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum haben, können diese ein großes Unsicherheitsgefühl auslösen«, bestätigt Lutz-Schädler.

Zur Kritik des Polizeigewerkschafters sagt die Vertreterin des Innenministeriums: »Wir tun sehr viel für die Polizei, haben etwa in den letzten Jahren sehr viele junge Menschen im Polizeidienst eingestellt.« Sie versichert, die Polizei sei sehr gut ausgestattet. (GEA)

## STUDIE ZUM SICHERHEITSEMPFINDEN DER BÜRGER IM LAND

### Alleine nachts im öffentlichen Nahverkehr sind Ängste groß

Die Studie zum Sicherheitsempfinden im Land wurde im Herbst 2023 vom Institut für Kriminologische Forschung Baden-Württemberg durchgeführt. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse aber erst im Januar 2025.

Am stärksten ausgeprägt ist das Unsicherheitsgefühl laut Studie nachts ohne Begleitung

im öffentlichen Personennahverkehr (54,5 Prozent eher oder sehr unsicher). 47,1 Prozent fühlen sich nachts ohne Begleitung im öffentlichen Raum unsicher. Nachts ohne Begleitung in der eigenen Wohngegend fühlen sich dagegen 76 Prozent eher oder sehr sicher. In der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus fühlen sich

sogar 93,3 Prozent eher oder sehr sicher.

Interessant ist, dass sich fast jeder Zweite bei der Nutzung sozialer Medien unsicher fühlt. Nur 5 Prozent der Opfer, die sexuell bedrängt wurden, zeigten dies auch an. Nur knapp die Hälfte der Bürger sieht die Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum als ausreichend an. (kali)